

Erneut wurde das Jugend- und Wahlkreisbüro Haskala der Landtagsabgeordneten Katharina König in der Saalstraße in Saalfeld Ziel einer neonazistischen motivierten Attacke. „Wir erleben eine Zunahme von neonazistischen Vorfällen in der Region. Es vergeht kaum ein Tag, an dem es nicht zu Übergriffen, Bedrohungen oder rassistischen Schmierereien kommt. Ziel der Hassattacken sind dabei vor allem Flüchtlinge und deren Unterstützerinnen und Unterstützer“, so Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraction.

Am 2. Oktober marschierten in Rudolstadt über 350 Rassisten auf der Demonstration der NPD-Kreisrätin Mandy Meinhardt. Unter den Teilnehmern befanden sich eine hohe Anzahl gewaltbereiter Neonazis verschiedener Gruppen, darunter NPD, Kameradschaften, bekannte Holocaustleugner und Neonazi-Rocker aus der Region. Auch viele verurteilte rechte Schläger, Mitglieder des früheren „Thüringer Heimatschutzes“ und mehrere jener Neonazis aus dem Rotlicht-Milieu, die vor zwei Jahren wegen eines Raubüberfalls 1999 auf einen Geldtransporter verurteilt wurden, liefen mit. Dazwischen so genannte „besorgte Bürger“.

Nach der Demonstration zog eine kleine Gruppe Neonazis durch die Stadt und grölte NS-Parolen. In der Nacht darauf versuchten in Krölpa nahe Saalfeld mehrere Deutsche einen 19-jährigen Afghanen zu attackieren, die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung. Am 4. Oktober wurde bekannt, dass an einer Hauptverkehrsstraße am Saalfelder Bahnhof eine Trafo-Station schwarz-weiß-rot in den Farben einer Fahne des „Deutschen Reiches“ bemalt wurde, am 5. Oktober wurden im Stadtteil Gorndorf verstärkt Neonazi-Plakate u.a. an Bushaltestellen geklebst, am 6. Oktober wurde auf einem Weg in Saalfeld, an dem jeden Tag Flüchtlinge zur Ausländerbehörde laufen, ein Hakenkreuz gesprüht. Am 7. Oktober wurde ein syrischer

# Neonazismus und Rechtspopulismus

Jugendlicher am Platz der Opfer des Faschismus in Rudolstadt aus einer größeren Gruppe heraus rassistisch beschimpft, angegriffen und leicht verletzt. In der Nacht zum 9. Oktober sprühten Unbekannte an das Wahlkreisbüro Haskala Neonazi-Parolen,

häufig, den 'Volkswillen' zu vollstrecken, und fühlen sich dadurch bestärkt, dass sie durch so genannte 'besorgte Bürger' selten Abgrenzung erfahren. Wenn, wie in Rockensußra oder Gerstungen, Häuser brennen, Flüchtlinge auf der Straße Angst vor



*Ein von der Linksfraction vorübergehend gehisstes Transparent am Landtagsgebäude. Die rechtspopulistischen Aufmärsche der AfD, an denen sich auch zahlreiche Neonazis beteiligen, bleiben nicht unwidersprochen. Groß war die Beteiligung an der Gegendemonstration am 7. Oktober.*

„Judenhure“, zwei Hakenkreuze und einen Davidstern. In der Umgebung wurden weitere Hakenkreuze gesprüht, ein Gebäude wurde mit Davidstern und „Juden“ markiert. Die neue Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Rudolstadt, gegen die sich zuvor die Demonstration gerichtet hatte, wurde mit Farbe attackiert. „Stop Asylflut“ und Hakenkreuze mussten die geflüchteten Menschen an den Außenmauern lesen. An weiteren Orten in Rudolstadt befanden sich Parolen wie „Refugees not welcome“, „Frau K. ab in Ofen“ in Anspielung auf frühere Konzentrationslager.

Katharina König: „Derzeit ist ein Radikalisierungstrend zu beobachten, der sich nicht nur in Saalfeld vollzieht. Durch die Demonstrationen von Neonazis und AfD, wie sie auch in Erfurt und in anderen Städten stattfinden, steigert sich der Hass, der bereits in sozialen Netzwerken ausgetobt wird. Die Täter glauben

Gewalt haben müssen und Hakenkreuze an Häuserwände geschmiert werden, dann sollte klar sein, dass das Gebot der Stunde nicht Abschottung an nationalen und europäischen Grenzen sein kann, sondern Solidarität und Schutz mit den Geflüchteten und klare Positionierung gegen Rassisten aller Couleur.“

Die Abgeordnete weist Äußerungen der AfD, wonach bei ihren Demonstrationen in Erfurt rechtsextremistische Plakate nicht geduldet würden, als Lügen zurück. „Am 7. Oktober marschierten die NPD und ihre bekannten Funktionäre in der AfD-Demonstration in Erfurt mit. Dabei wurden die rassistischen NPD-Wahlplakate aus dem Thüringer Landtagswahlkampf gehisst, bei denen einfach das NPD-Logo entfernt wurde. Wir scheinen an einem Punkt angekommen zu sein, an dem die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Neonazismus verschwimmen.“

## KURZ UND PRÄGNANT

### Lohnlücke:

„Die Lohnlücke von 22 Prozent Entgeltunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland muss endlich geschlossen werden“, forderte MdL Karola Stange. Im Jahr 2014 lagen in Thüringen die Bruttostundenverdienste für Frauen bei 13,70 Euro und für Männer bei 14,49 Euro. Im Bundesschnitt erhielten Frauen 15,83 Euro und Männer 20,20 Euro. Die LINKE verlangt seit langem ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene, damit die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ endlich Realität werden kann.

### Prekäre Beschäftigung:

Zu einer Fachkonferenz „Frauen in prekärer Beschäftigung im Pflege- und Carebereich“ laden die Landtagsfraktion DIE LINKE und die Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen e.V. am Dienstag, 27. Oktober, 16.00 bis 20.30 Uhr ins Akademiehotel (Thüringer Sozialakademie) nach Jena, Am Stadion 1, ein. Sprechen werden u.a. Heike Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, sowie Prof. Dr. Gabriele Winker, Sozialwissenschaftlerin, TU Hamburg-Harburg.

### 25 Jahre Linksfraction:

Mit einer Fotoausstellung „25 Jahre Linke Politik im Thüringer Landtag“, jetzt eröffnet in ihrer Flur-Galerie in der 4. Etage des Fraktionsgebäudes, lässt die Fraktion DIE LINKE ihre 25jährige Geschichte während sechs Legislaturperioden Revue passieren. Die Chronik beginnt am 17. Oktober 1990 mit der Konstituierung der Fraktion Linke Liste/PDS.

[www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/](http://www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/) ■

## NACHRICHTEN

### Datenspeicherung

„Im Galopp zum Verfassungsbruch, scheint das Motto der Großen Koalition zu sein, wenn sie zum zweiten Mal die Vorratsdatenspeicherung einführt“, so Katharina König, Sprecherin für Netzpolitik und Datenschutz der Linksfraction, zum Bundestagsbeschluss von CDU, CSU und SPD zur neuen Massenüberwachung. „Die anlasslose Sammlung von Daten aller Menschen wurde von den obersten Gerichten in Deutschland und der EU als nicht mit den Grundrechten vereinbar zurückgewiesen. Dennoch will die Bundesregierung diese Überwachungsinstrumente wieder installieren.“ Auch könne sich dann kein Bürger mehr mit seinen Problemen an einen Abgeordneten seines Vertrauens wenden, ohne dass dies nachträglich nachvollziehbar sei.



*Zum Start des Halbjahresprogrammes der Selbsthilfegruppe „Rheuma-Liga Eisenach e. V.“ übergab die Eisenacher Wahlkreisabgeordnete Kati Engel einen Scheck der „Alternative 54 Erfurt e.V.“. Aus dem Spendenfonds unterstützen die Landtagsabgeordneten der Linksfraction gemeinnützige Projekte und Initiativen. Seit Gründung des Vereins im Jahr 1995 kam die stolze Summe von einer Million Euro bisher zusammen.* ■

### Energiekonferenz

Zur 1. Meininger Energiekonferenz „effizient – regenerativ – dezentral“ lädt die Landtagsfraktion der LINKEN für Samstag, den 21. November, 10 bis 17 Uhr ins Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Multifunktionshalle, ein. Dabei sollen Interessierte und vor allem kommunalpolitisch Verantwortliche die Möglichkeit haben, sich zu informieren und zu diskutieren, u.a. über den Windenergieerlass und künftige Netzarchitekturen, über veränderte Landschaftsbilder und technische Entwicklungen. Zu einem Grußwort wird auch Ministerpräsident Bodo Ramelow erwartet. Zu den Referenten gehören Ewald Woste, Aufsichtsratsvorsitzender der TEAG, und Olaf Möller, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz.

## TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungstermine des Landtags bis zum Jahresende sind, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, für den 4. bis 6. November, 25. bis 27. November sowie 16. bis 18. Dezember anberaumt.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Landtagssitzungen in Erfurt bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)